

Vertrag zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen abgeschlossen werden. Das friedliche Nebeneinanderleben setzt weiter voraus die Anerkennung der bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, sowie - selbstverständlich gleichberechtigte - Verhandlungen über den Verzicht auf Atomrüstung, über Verzicht auf Lagerung von Kernwaffen und Kernsprengköpfen auf den Territorien der beiden deutschen Staaten und über ihre Abrüstung. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Nationale Front des demokratischen Deutschland haben darüber hinaus den Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem demokratischen sozialistischen Deutschland gewiesen.

In Westdeutschland ist die Mehrheit der Bevölkerung für die gegenseitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten und für die Normalisierung ihrer Beziehungen durch gleichberechtigte Verhandlungen der Regierungen. Die Regierungsparteien im westdeutschen Staat, die CDU/CSU, aber auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei, lehnen die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und die Aufnahme normaler staatlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ab. Diese sture Haltung erklärte kürzlich eine führende Zeitung der westdeutschen Großbourgeoisie („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 18. Januar) folgendermaßen: Die DDR - so heißt es hier - behaupte, das Potsdamer Abkommen verpflichte auch die Bundesrepublik zur Erfüllung seiner grundlegenden Bestimmungen. Und es wäre der entscheidende Durchbruch dieser Konzeption, wenn die Bundesrepublik selbst durch Anerkennung der DDR eben jene Prinzipien legitimierte, nach denen sie „umgestaltet“ werden soll. Mit der Anerkennung der DDR würde nicht endlich Ruhe in Deutschland eintreten, sondern sie wäre der Startschuß für eine massive „Wiedervereinigungskampagne unter kommunistischen Vorzeichen“.

Hier tritt also die Furcht vor der Durchführung der völkerrechtlich verpflichtenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in Westdeutschland deutlich zutage. Das betrifft insbesondere die Bestimmungen über die Entmilitarisierung und die Überwindung des Nazismus.

Aber es kommt noch interessanter : Die Zeitung der westdeutschen Großbourgeoisie faßt das Ergebnis ihrer Überlegungen wie folgt zusammen: „Sollte es je so weit kommen“ - gemeint ist die Anerkennung